

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen Sitzung des **Gemeinderats am 28.06.2007** wurde folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat beschließt, rückwirkend ab 1. Oktober 2005 die Fahrtkosten und die Unterbringungskosten für den Besuch der Berufsschule abweichend von den aktuellen tariflichen Bestimmungen in voller Höhe zu erstatten.

In der nichtöffentlichen **Verwaltungsausschusssitzung am 19.07.2007** wurde über folgendes beraten:

1. Der Verwaltungsausschuss berät den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamts über die Prüfung der Jahresrechnung 2006.
2. Der Verwaltungsausschuss berät über den Standort und die Ausführung einer Gedenktafel für die Verfolgten und die Opfer des Nationalsozialismus. Die Verwaltung wird diesbezüglich einen neuen Vorschlag erarbeiten.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

1. Frau Zipp bezieht sich auf den Leserbrief von Frau Hassler zum Thema „Kleine Planken“ in der Schwetzinger Zeitung letzte Woche und möchte wissen, ob eine entsprechende Korrektur des Beschlusses überhaupt möglich sei. Dazu sagt der Vorsitzende, dass der Gemeinderat dazu nach langer Vorbereitungszeit eine Entscheidung getroffen habe, die aus jetziger Sicht nicht zur Diskussion stehe.
2. Herr Pühringer aus der Skellstraße möchte folgendes wissen:
 - a. Er bezieht sich auf ein Haus gegenüber dem Dreibrückentor des Schlossgartens, das seit Jahren nicht verputzt sei und möchte wissen, ob es hierzu eine entsprechend festgelegte Pflicht gebe, was von dem Vorsitzenden im Grundsatz verneint wird.
 - b. Er übt Kritik daran, dass im Kleinen Feld wie auch anderswo die vorhandenen Garagen und Stellplätze oft nicht genutzt, sondern zweckentfremdet würden. Dagegen müsse man vorgehen. Der Vorsitzende sagt, dass dieses Problem durchaus bekannt sei, z. B. auch aus dem Schälzig. Es gebe allerdings keine realistische Zugriffsmöglichkeit auf die Eigentümer.
 - c. Gibt es eine Festlegung für das Schlossplatzfest hinsichtlich des Lärmpegels? Dazu sagt Herr Transier, dass der generelle Rahmen und die Dauer des Festes vorgeschrieben seien, nicht aber der konkrete Lärmpegel. Gleichwohl gebe es dazu aber gesetzliche Vorschriften, die einzuhalten seien.
3. Herr Ottinger aus der Mozartstraße vermisst konkrete Hinweisschilder auf die Einfahrt in die Oststadt.
4. Frau Heiberger, Tagesmutter aus Schwetzingen, möchte wissen, ob die Stadt Schwetzingen Interesse an einer Zusammenarbeit habe. Dazu habe sie bereits einen Brief an Bürgermeister Dr. Pörtl geschrieben, jedoch noch keine Antwort erhalten. Der Vorsitzende sagt ein Gespräch zu.
5. Herr Hasenley aus der Zähringer Straße möchte wissen, wer denn für die Unterhaltung der B 36 verantwortlich sei. Dazu sagt der Vorsitzende, dass diese in der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums liege.
6. Herr Udo Weber möchte grundsätzlich wissen, ob eine Senkung der Kindergartenbeiträge auch in Schwetzingen in Frage komme, in Rheinland-Pfalz sei hierzu schon Wesentliches dazu erreicht. Der Vorsitzende verweist auf die sich anschließenden Tagesordnungspunkte zum Thema.

TOP 3 **Feststellung der Jahresrechnung 2006** **Vorlage: 381/2007**

Sitzungsverlauf:

Die einführenden Aussagen des Oberbürgermeisters zur Jahresrechnung 2006 sind ebenso wie der Kurzbericht von Herrn Riemensperger und die anschließenden Stellungnahmen von den Stadträten Dr. Förster und Dr. Manske als Anlage beigelegt.

Stadtrat Dr. Grimm signalisiert die Zustimmung für den Jahresabschluss, der insgesamt positiv zu sehen sei. Es sei immer günstig, wenn der Verwaltungshaushalt ausreichend Gewinn für die notwendigen Investitionen im Vermögenshaushalt abwerfe. Diese Situation dürfe man allerdings bei den Haushaltsanträgen 2008 nicht überstrapazieren. Auch er dankt den Beteiligten für die Arbeit an der Jahresrechnung.

Stadtrat Ackermann spricht von einer sorgfältigen Haushaltspolitik der letzten Jahre. Trotz zahlreicher größerer Projekte in den vergangenen Jahren sei diese Situation durchaus gut, dafür verdiene auch neben der Verwaltung der ausgeschiedene OB Kappenstein noch Dank und Anerkennung, der einen guten Grundstock hinterlassen habe.

Stadtrat Kern würdigt kritisch die Beiträge der Vorredner. Ohne die 3 Mio. Umschuldung von der Stadt zum bellamar und zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen sehe die Situation sehr viel schlechter aus. Zudem habe er sich selbst überzeugen können, dass seines Erachtens Leistungen der Stadt nicht weiter verrechnet wurden. Daher werde sich seine Fraktion zum Haushalt enthalten.

Beschluss:

1. Das Ergebnis der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO wie folgt festgestellt:	EUR
a) Einnahme- und Ausgabesoll Verwaltungshaushalt	46.798.242,75
davon Zuführung an den Vermögenshaushalt	2.717.481,86
b) Einnahme- und Ausgabesoll Vermögenshaushalt	6.665.101,48
davon Zuführung an die Allgemeine Rücklage	2.948.875,49
c) Einnahme- und Ausgabesoll Gesamthaushalt	53.463.344,23
2. Summe des Anlagevermögens am 31. Dezember 2006	151.695.072,79
3. Stand der Schulden am 31. Dezember 2006	3.623.457,39
4. Stand des Deckungskapitals am 31. Dezember 2006	148.071.615,40
5. Stand der Allgemeinen Rücklage am 31. Dezember 2006 (Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO: 883.736 EUR)	4.727.983,44

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26.07.2007

6. Folgende Reste werden übertragen:

a) Verwaltungshaushalt	
Kasseneinnahmereste	853.851,00
Kassenausgabereste	0,00
b) Vermögenshaushalt	
Haushaltseinnahmereste	0,00
Haushaltsausgabereste	1.522.041,90
Kasseneinnahmereste	1.025.795,91
Kassenausgabereste	0,00

7. Den in der Jahresrechnung 2006 ausgewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Mehrausgaben) über 20.000 EUR im Einzelfall wird zugestimmt.

8. Der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2006 wird zur Kenntnis genommen.

9. Der Beteiligungsbericht 2006 für die Stadtwerke Schwetzingen gemäß § 105 Abs. 2 GemO wird zur Kenntnis genommen.

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 4 Feststellung des Jahresabschlusses 2006 des Eigenbetriebs bellamar etc. Vorlage: 390/2007

Sitzungsverlauf:

Werkleiter Horst Ueltzhöffer stellt die wesentlichen Eckpunkte seines Jahresergebnisses und des darin enthaltenen Verlustes dar. Die Besucherzahl sei mit 346.000 doch durchaus respektabel. Nach dem Überblick über die geleisteten Investitionen in 2006 und 2007 gibt er noch einen Ausblick auf 2008, wo das neue Kinderbecken im Freibad geplant sei.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Dr. Förster und Stadtrat Dr. Manske sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Dr. Grimm rechnet auch in Zukunft sicher nicht mit rückläufigen Defiziten. Trotzdem gebe es immer wieder den Zwang zu Investitionen, um einigermaßen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Auch Stadtrat Ackermann hält eine Kostendeckung für nicht leistbar. Die Werkleitung tue jedoch viel, um die Verluste in Grenzen zu halten und die Attraktivität des Bades zu sichern.

Stadtrat Kern verweist auf die seinerzeitige kritische Diskussion zum Saunaausbau. Die Sauna habe jedoch auch 2006 ein Plus erwirtschaftet. Dies zeige, dass Investitionen zum richtigen Zeitpunkt sich auch auszahlten. Das neue Kinderbecken sei deswegen ein wichtiger Schritt.

Stadtrat Junker freut sich abschließend, dass alle Fraktionen zu der für Schwetzingen doch sehr wichtigen Einrichtung stünden.

Beschluss:

A. Der Jahresabschluss 2006 wird wie folgt festgestellt:

1. Bilanzsumme	14.461.478,73 €
1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	14.239.609,84 €
- das Umlaufvermögen	221.868,89 €
1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	5.810.977,03 €
- die Rückstellungen	48.033,00 €
- die Verbindlichkeiten	8.602.468,70 €
2. Jahresverlust	188.426,84 €
2.1 Summe der Erträge	2.583.687,10 €
2.2 Summe der Aufwendungen	2.772.113,94 €

B. Behandlung des Jahresverlustes 2006:

Ausgleich aus dem Haushalt der Gemeinde 188.426,84 €

C. Entlastung der Werkleitung

Gemäß § 5 Abs. 3 des Eigenbetriebsgesetzes wird der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 5 Schulentwicklungsplan 2006/07
Vorlage: 392/2007**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert kurz den vorgelegten Schulentwicklungsplan, der Handlungsbedarf eigentlich nur beim Hebelgymnasium sehe, wo man die dargestellte Situation weiter beobachten werde und müsse.

Frau Glöckler fragt nach den Kriterien für die abzuweisenden Kinder. Die dargestellte „Ausdünnung“ halte sie für zynisch. Dieses Vorgehen spreche nicht für die Pisa-Studie und der Handhabung erfolgreicher Länder, wo einzelnen Schüler stärker gefördert würden. Der Vorsitzende sagt, dass im Hebelgymnasium zunächst Schwetzinger und dann Oftersheimer Kinder bevorzugt aufgenommen würden. Er halte es auch im Grundsatz für richtig, jetzt nicht zu investieren, wenn andere Schulen noch Kapazitäten hätten.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes zur Kenntnis.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Kindergartenbedarfsplan/ Kindergartenbeiträge Vorlage: 385/2007

Sitzungsverlauf:

TOP 6 und 7 werden zusammengefasst behandelt.

Der Vorsitzende erläutert ausführlich die wesentlichen Grundzüge des vorgelegten Kinderbetreuungskonzepts, das eng mit dem demographischen Wandel und der damit einhergehenden geringen Geburtenrate verbunden sei. Bisher gebe es in Schwetzingen zu wenig und zu teure Plätze. Die Verwaltung habe sehr aufwändige Vorarbeiten geleistet. Dafür spreche er allen Beteiligten seinen Dank aus. Die dargestellte Kritik der CDU sei deshalb völlig unangebracht. Insgesamt stelle das Konzept durchaus einen Quantensprung für Schwetzingen dar. Die Gebühren hätten sich im Schnitt annähernd halbiert. Auch der Verzicht auf die Erhöhung der Kindergartengebühren sei ein wichtiger Schritt zu einer noch kinderfreundlicheren Stadt.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Imhof und Stadträtin Glöckler sind als Anlage beigefügt.

Stadträtin Münch freut sich über die endlich eintretenden Verbesserungen nach den Blockaden unter der alten Verwaltungsspitze, wo man eher Baudenkmäler geschaffen hätte. Es sei ein Erfolg, dass endlich ein sozialpolitisches Konzept durchgezogen worden sei.

Stadtrat Oliver Völker signalisiert die Zustimmung auch zur Nichterhöhung der Beiträge. Er spricht insgesamt von einem durchdachten und gut ausgebauten Betreuungskonzept. Man müsse auch in Zukunft versuchen, nicht nur die gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen, sondern auch den tatsächlichen Bedarf abzudecken.

Stadträtin Maier-Kuhn verwies auf ihre Stellungnahme in der Schwetzingener Zeitung und hält den heutigen Hickhack in der Sache nicht für dienlich. Der Vorsitzende sagt zu den Einlassungen der CDU, dass die differierenden Kosten der jeweiligen Einrichtung sich durchaus erklären ließen. Dies werde man nochmals darstellen. Völlig klar sei, dass ein solches Konzept Geld koste, aber wenn man Verbesserungen wolle, müssten Entscheidungen darüber auch jetzt getroffen werden. Die Frage des Bundeszuschusses sei leider noch ungeklärt. Eventuell erhalte man dadurch noch weitere Spielräume. Den Walldorf-Kindergarten könne man zu einem späteren Zeitpunkt durchaus noch einbauen. Dieser hätte aber zum jetzigen Zeitpunkt ohnehin nicht teilnehmen können, da dort erhebliche Umbauten erforderlich seien. Ein drittes kostenfreies Kindergartenjahr halte er derzeit noch nicht für umsetzbar.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom aktuellen Kindergartenbedarfsplan.
2. Auf die Erhöhung der Kindergartenbeiträge entsprechend den Vorschlägen des Städtetages zum 1. September 2007 wird verzichtet.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Erweiterung der Kleinkindbetreuung, der Ganztagesbetreuung und der Ferienbetreuung
Vorlage: 386/2007**

Sitzungsverlauf:

TOP 6 und 7 werden zusammengefasst behandelt.

Der Vorsitzende erläutert ausführlich die wesentlichen Grundzüge des vorgelegten Kinderbetreuungskonzepts, das eng mit dem demographischen Wandel und der damit einhergehenden geringen Geburtenrate verbunden sei. Bisher gebe es in Schwetzingen zu wenig und zu teure Plätze. Die Verwaltung habe sehr aufwändige Vorarbeiten geleistet. Dafür spreche er allen Beteiligten seinen Dank aus. Die dargestellte Kritik der CDU sei deshalb völlig unangebracht. Insgesamt stelle das Konzept durchaus einen Quantensprung für Schwetzingen dar. Die Gebühren hätten sich im Schnitt annähernd halbiert. Auch der Verzicht auf die Erhöhung der Kindergartengebühren sei ein wichtiger Schritt zu einer noch kinderfreundlicheren Stadt.

Die Stellungnahmen von Stadtrat Imhof und Stadträtin Glöckler sind als Anlage beigefügt.

Stadträtin Münch freut sich über die endlich eintretenden Verbesserungen nach den Blockaden unter der alten Verwaltungsspitze, wo man eher Baudenkmäler geschaffen hätte. Es sei ein Erfolg, dass endlich ein sozialpolitisches Konzept durchgezogen worden sei.

Stadtrat Oliver Völker signalisiert die Zustimmung auch zur Nichterhöhung der Beiträge. Er spricht insgesamt von einem durchdachten und gut ausgebauten Betreuungskonzept. Man müsse auch in Zukunft versuchen, nicht nur die gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen, sondern auch den tatsächlichen Bedarf abzudecken.

Stadträtin Maier-Kuhn verwies auf ihre Stellungnahme in der Schwetzingener Zeitung und hält den heutigen Hickhack in der Sache nicht für dienlich. Der Vorsitzende sagt zu den Einlassungen der CDU, dass die differierenden Kosten der jeweiligen Einrichtung sich durchaus erklären ließen. Dies werde man nochmals darstellen. Völlig klar sei, dass ein solches Konzept Geld koste, aber wenn man Verbesserungen wolle, müssten Entscheidungen darüber auch jetzt getroffen werden. Die Frage des Bundeszuschusses sei leider noch ungeklärt. Eventuell erhalte man dadurch noch weitere Spielräume. Den Walldorf-Kindergarten könne man zu einem späteren Zeitpunkt durchaus noch einbauen. Dieser hätte aber zum jetzigen Zeitpunkt ohnehin nicht teilnehmen können, da dort erhebliche Umbauten erforderlich seien. Ein drittes kostenfreies Kindergartenjahr halte er derzeit noch nicht für umsetzbar.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung der Kleinkindbetreuung, der Ganztagesbetreuung und der Ferienbetreuung.
2. Im Nachtragshaushalt 2007 werden folgende Mittel bereitgestellt:

Personalkosten	57.400 EUR
Möbel, Spiel- u. Beschäftigungsmaterial	27.000 EUR
bauliche Maßnahmen	23.000 EUR

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26.07.2007

3. Ab dem Haushaltsjahr 2008 werden jährlich 172.000 EUR bereitgestellt.
4. Für die Kleinkindbetreuung werden folgende Gebühren für den Betreuungsaufwand festgelegt:
- | | |
|------------------|------------------------|
| 1-jähriges Kind: | 100 EUR + Grundangebot |
| 2-jähriges Kind: | 50 EUR + Grundangebot |

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 8 Feuerwehrbedarfsplan
Vorlage: 370/2007**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert den erarbeiteten Feuerwehrbedarfsplan und dankt der Einrichtung für die wertvolle Arbeit, die sie für die Stadt leiste. Dafür werde man auch in Zukunft die volle Unterstützung leisten müssen.

Die nachfolgenden Redner der Fraktionen, die Stadträte Dr. Wigand, Rupp und Maier-Kuhn, schließen sich diesem Dank inhaltlich voll an und begrüßen das vorbildhafte Engagement der Feuerwehr für das Gemeinwesen. Die Stellungnahme von Stadtrat Müller, SPD, ist in der Anlage beigefügt Frau Maier-Kuhn hält es durchaus für sinnvoll, auch mal über hauptamtliche Feuerwehrkräfte nachzudenken.

Beschluss:

Der vorgelegte Feuerwehrbedarfsplan wird beschlossen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9 Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges
Vorlage: 371/2007**

Sitzungsverlauf:

Begründung des Antrags durch den Vorsitzenden.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Es wird die Beschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges „Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeug HLF 20/16“ mit voraussichtlichen Kosten von rund 400.000,- EUR beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die europaweite Ausschreibung so durchzuführen, dass die Beschaffung nach Inkrafttreten des Haushaltsplans 2008 zeitnah durchgeführt werden kann.
3. Die Mittel werden im Haushalt 2008 veranschlagt.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10 Spielplatzsatzung - Aktualisierung des Spielplatzverzeichnisses
Vorlage: 368/2007**

Sitzungsverlauf:

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die „Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Kinderspielplätze der Stadt Schwetzingen“ (Anlage 1) sowie das dazugehörige Verzeichnis (Anlage 2) werden beschlossen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 11 Neubau eines Kunstrasenplatzes
Vorlage: 373/2007**

Sitzungsverlauf:

Nach der Sachverhaltsdarstellung durch den Vorsitzenden begrüßen alle Fraktionen die vorgeschlagene Maßnahme.

Stadtrat Oliver Völker ist froh, dass der Antrag der Freien Wähler so schnell umgesetzt worden sei.

Frau Nötting erinnert an ihren Vorschlag, den FC Badenia ebenfalls mit einem Kunstrasenfeld auszustatten und bittet um zügige Umsetzung.

Beschluss:

Die Herstellung des Kunstrasenplatzes wird an Firma Polytan, 68664 Burgheim zum Angebotspreises in Höhe von brutto 321.429,84 EUR vergeben.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 12 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 391/2007**

Sitzungsverlauf:

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Annahme bzw. Vermittlung der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen wird zugestimmt.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 13 Verkauf von Grundstücken im Baugebiet "Lange Sandäcker II"
Vorlage: 388/2007

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende stellt den Verwaltungsvorschlag dar.

Stadtrat Muth hält es für unklar, ob der Kinderrabatt für alle Grundstücke oder nur für die Reihenhaushausgrundstücke gelten sollen. Eine Ungleichbehandlung mit vorherigen Verkäufen halte er für ungut. Hier solle man dann doch einen Ausgleich herstellen. Der Vorsitzende sagt, dass nur ein Altverkauf betroffen sei. In dem Falle habe man allerdings ohnehin eine Reduktion vereinbart. Herr Lutz-Jathe bestätigt, dass der Kinderrabatt für alle Grundstücke gelten solle.

Beschluss:

Die Stadt Schwetzingen schreibt den Verkauf ihrer 16 Reihenhaushausgrundstücke neu aus. Der Kaufpreis beträgt 450 EUR/m² zuzüglich Erschließungskosten in Höhe von ca. 60 EUR/m². Die Reihenhaushausgrundstücke können zukünftig auch einzeln veräußert werden.

Familien mit mehr als einem kindergeldberechtigten Kind erhalten jeweils für das zweite und dritte Kind einen Abschlag vom Grundstückspreis in Höhe von 20 EUR/m².

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 14 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Muth möchte wissen, ob für die Baumaßnahme am Kurpfalzring noch eine weitere Beteiligung der Anwohnerschaft hinsichtlich der Bäume und Lampen geplant sei. Einzelne Bürger seien hier auch bereit, Patenschaften einzugehen. Herr Junker sagte die Einbindung der Anwohnerschaft zu. Dazu sei allerdings noch etwas Zeit.

Weiterhin bezieht sich Stadtrat Muth auf eine Anfrage eines lärmgestressten Anwohners in der Karlsruher Straße im Hinblick auf die Herausnahme der B 36. Dazu sagt der Vorsitzende, dass man erste Gespräche geführt habe, aber eine grundsätzliche Möglichkeit erst nach Fertigstellung der B 535 bestehe, zumal hier auch noch andere Gemeinden betroffen seien. Hier solle dann en bloc entschieden werden.

Stadtrat Dr. Manske bezieht sich auf den in der Borsigstraße beginnenden Weg Richtung Plankstadt in Richtung B 535. Dort seien die letzten 50 m nicht hergestellt, was bei schlechtem Wetter äußerst ungünstig sei.

In diesem Zusammenhang bezieht sich Stadtrat Kern auf seine Anfrage in der letzten Gemeinderatssitzung zu der fehlerhaften Beschilderung in diesem Bereich. Dazu sagt Ordnungsamtsleiter Klaus Transier, dass dazu die Anordnungen schon erteilt seien. Er rechne mit einer Umsetzung in der nächsten Woche.

Weiterhin bezieht sich Stadtrat Kern auf die Robinien auf der Ostseite der Nadlerstraße. Diese seien als Straßenbäume überhaupt nicht geeignet, da auch im Bodenbereich stachelige Zweige in den Weg hineinragten und ein Durchkommen erschwerten. Man solle doch hier heimische Bäume pflanzen.

Stadtrat Dr. Förster berichtet über eine zu wiederholende Personalratswahl bei der Stadt Mannheim und übergibt hier einen entsprechenden Zeitungsbericht. Er bittet um Überprüfung, ob bei der Stadt hier alles richtig verlaufen sei.

